

Erstausgabe täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaktion und Expedition  
Sohannstraße 33.  
Sprechstunden der Redaktion:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 9-6 Uhr.

Annahme der für die nächsten  
Nummern bestimmten Inserate am  
Montag bis 5 Uhr Nachmittags.  
an Sonn- und Feiertagen früh bis 10 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:  
Ctto. Krumm, Universitätsstr. 21.  
Leub. Böhm, Katharinenstr. 18, 2.  
nur bis 1/2 5 Uhr

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.

Abonnementpreis viertelj. 4 1/2 M.  
incl. Postgebühren 5 M.  
Jahrespreis 16 M.  
Jede einzelne Nummer 20 Pf.  
Belegblätter 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postgebühren 25 Pf.  
mit Postgebühren 45 Pf.

Inserate 6spaltige Zeitzeile 20 Pf.  
andere Sorten laut anderem Preis-  
verzeichnis.  
Abdrucker u. Verleger nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich  
die Spalte 60 Pf.  
Inserate sind frei an die Expedition zu  
senden. — Nicht mehr als 10 Zeilen.  
Schluss pränumerando oder durch Post-  
nachnahme.

Nr. 233.

Dienstag den 21. August 1883.

77. Jahrgang.

## Ämtlicher Theil.

### Auktions-Verkauf.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Realbet. Gerber-  
straße Nr. 10, Ost. 1. Tr. sollen  
**Mittwoch, den 22. dieses Monats, Vorm. 9 Uhr**  
1 Schreibeisen, 5 Rindschwänze, 4 Schafsch. 2 Pulte,  
8 Spiegel, 1 Maßschiff, 3 Commoden, 1 Regulator,  
12 Tische, 2 Stühle, 2 Stühle, 1 Stempel-  
presse, gelbes Winge, 1 Partie Kleiderstoffe u. s. w.  
an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich  
versteigert werden.  
Leipzig, den 15. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Rentier.

### Behandlung.

Wegen Herstellung der Schiene wird  
der Schienenweg auf der Strecke von der Spiel-  
bis zur Säbengrube  
von Dienstag, den 21. d. Mts. ab  
für den Verkehr der Arbeiter  
für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.  
Leipzig, am 15. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Rentier.

### Diebstahls-Verkauf.

- Gefunden wurden bisher erhaltene folgende:
- 1) Ein großer brauner Arbeitssack, als Wäsche, Ostern,  
Wochen, Joden, Strümpfe und Schürzen, aus einer Tasche  
am Rande der Weststraße, in der Zeit vom 11. bis 13. d. Mts.
  - 2) Ein Geldbeutel von 50 bis 60 A. in Kronen, aus einer  
Tasche in Nr. 10/11 der Weststraße, am 13. d. Mts. gef.;
  - 3) Ein Paar Oesen von schwarzem Stoff, aus einer Tasche  
in Nr. 51 der Weststraße, am 13. d. Mts. gef.;
  - 4) Zwei Handtaschen, je eine, aus einer Tasche in Nr. 2  
der Weststraße, je gef.;
  - 5) Ein kleiner Kofferbeutel mit Gewand und Gewandung auf  
der Rückseite, einen Geldbeutel mit einer Leiter gef. gef. gef.,  
aus einer Tasche in Nr. 17/18 der Weststraße, in der  
Zeit vom 14. bis 16. d. Mts. gef.
  - 6) Ein Paar silberne Goldfingerringe, aus einer Tasche eines  
Knechts der Dölln- und Seebachstraße, am 15. d. Mts. gef.
  - 7) Ein Commode-Schrank von braunem blaustem Holz,  
mit einer Reihe Schubladen, verzierter Thüre und schwarzem  
— in den Laden des hiesigen hiesigen hiesigen hiesigen  
—, aus einer Tasche eines hiesigen hiesigen hiesigen hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 8) Ein Commode-Schrank von dunkelbraunem Kommodeholz,  
mit einer Reihe Schubladen, verzierter Thüre und schwarzem  
— in den Laden des hiesigen hiesigen hiesigen hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 9) Eine silberne Schnitzschale, aus dem Laden eines  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 10) Ein silberner Kofferbeutel mit Gewand, Goldband, hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 11) Ein silberner Kofferbeutel mit Gewand, Goldband, hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 12) Ein silberner Kofferbeutel mit Gewand, Goldband, hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 13) Ein silberner Kofferbeutel mit Gewand, Goldband, hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.
  - 14) Ein silberner Kofferbeutel mit Gewand, Goldband, hiesigen  
—, am 17. d. Mts. gef.

## Nichtamtlicher Theil.

### Bismarck nach dem Kriege.

#### I. Bismarck und Rom.

Das Leben zur Aufgabe gelangte Buch: „Bismarck nach  
dem Kriege. Ein Charakter- und Zeitbild.“ Leipzig 1883.  
Kempfer'sche Buchhandlung. Hat nach dem Vorwort der ungenam-  
ten Verfasserin das Buch, die hiesigen Verhältnisse,  
welche ebenfalls oft abgehandelt, die gegenwärtige Zeit und  
ihre neue Richtung zu unmittelbar mit dem andern gearte-  
ten Tendenzen der Zeit nach dem Kriege verknüpfen. „Diese  
Tendenzen“, heißt der Verfasser fort, „unter dem Vorzeichen  
der Protestanten, von denen man so gern in Bezug  
auf die innere Politik des Fürsten Bismarck spricht, die con-  
stitutionelle Einheit des Staatsbegriffs erkennbar, in welcher  
die Gesamtpolitik des leitenden Staatsmannes ihren Ausdruck  
hat, und die bei ihm nur geringfügig vor der Macht der  
Autorität über den Verfall einer bestimmten Zeit  
juristisch getreten ist, ja, diese hiesigen weisen zum Teil einen  
strengen Zusammenhang zwischen verschiednen Epochen auf,  
als der Staatsmann selber in seinen öffentlichen Ver-  
fassungen wegen der ihm zur Last gelegten Wandlungen  
hat gegeben wollen.“

Was diesen Gesichtspunkt aus sucht der Verfasser in dem  
ersten „Bismarck und Rom“ behandelte Bismarck's hiesigen  
den Nachweis zu führen, daß Bismarck in seinen Ver-  
halten der römischen Curie gegenüber stets consequent ge-  
blieben ist und heute noch genau so gefolgt ist, wie vor  
Beginn des sogenannten Kulturkampfes. Der Abschnitt beginnt  
mit dem Schreiben, welches Bismarck Retzele von Mainz unter  
dem 1. October 1870 an den Kaiser nach Versailles gericht-

hat. Der Bischof stellt darin die dringende Bitte an den  
Kaiser, daß er die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat  
betreffenden Artikel der preussischen Verfassung in dem Entwurf  
der deutschen Bundesverfassung übertragen möge, weil dadurch  
die Kirche für die dauernde Begründung des Friedens zwischen  
Kirche und Staat in Deutschland gesichert sein würde. Die Ver-  
hältnisse der Gegenwart seien vielfach als ein Ding des Protestantis-  
mus über den Katholicismus dargestellt worden, und so unklar  
dies auch sei, so gäßen sich doch Protestanten in solchen  
Aussagen zu erkennen. Die Verfassung, die das neue  
Deutschland, über dessen Größe und Macht sich die Katholiken  
aus ganzer Seele freuen, den gläubigen Katholiken und Pro-  
testanten die volle Freiheit, nach ihrem Glauben zu leben,  
gewähren, welche daher die Gemüther tief innerlich beruhigen  
und jede Furcht, welche die Fremde mündet, beseitigen. Eine  
solche Verfassung schiene um so notwendiger, wenn es gelinge,  
Deutschland seine alten Grenzen wieder zu geben und das  
deutsche Volk zu vereinigen. Allen Bestrebungen Frankreichs,  
die Vertheilung mit Deutschland zu verhindern, sei der Kopf  
abgehauen, wenn man der Bevölkerung die volle Sicherheit  
biete, die Vereinigung mit Deutschland nicht für sie der  
Beginn einer Epoche religiöser Verwirrung, eines gewissen  
Vortriebes ist, die noch und noch zu protestantisieren.  
Für diese Forderung nach Aufnahme der Grundrechte der  
Kirche in die deutsche Verfassung traten nämlich eine Anzahl  
katholischer Kapitulanten ein, unter denen Wilmann, der nach-  
malige Reichslehrer, „Germania“, besonders hervorzuheben.  
Für Bismarck sprach sich über diese Bewegung später aus,  
wie folgt: „Als wir uns nach in Versailles befanden, über-  
trug ich mich einmüthig, das katholische Mitglied der  
parlamentarischen Körperschaften eine Auforderung erging,  
sich unabhängig mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob sie  
der Fraction, die wir heute unter dem Namen der Centrums-  
fraction kennen, beizutreten entschlossen wären und sich dazu  
verpflichten wollten, in der Reichspolitik dafür zu stimmen und  
darauf zu drängen, daß die religiösen Grundrechte in der  
preussischen Verfassung in die Reichsverfassung aufgenommen  
würden.“ Diese Bewegung war eingeleitet von dem  
früheren Bundeskanzler Dr. Sölgner, der vier Jahre  
früher bei Bismarck's Verfassungsentwurf für den noch  
deutschen Bund als Vertreter der Regierung, und zwar  
unter Zustimmung aller Parteien und auch der kirchlichen,  
entstand, das religiös-sittliche Gebiet sollte der selbständigen  
Bestimmung der einzelnen Staaten entzogen werden.

Im November 1870 hatten inzwischen die Wahlen zum  
preussischen Landtage stattgefunden und im Abgeordnetenhause  
entstand eine neue Partei, eine confessionelle, die sich in der  
Stille unter dem Eindruck der Schlacht von Sedan gebildet  
hätte als Vertreter des künftigen Centralismus des deutschen  
Reichstages. Diese neue Partei (56 ultramontane Abgeord-  
nete) richtete im Februar 1871 an den Kaiser nach Versailles  
eine Adresse mit Wiederherstellung des Reichthums und der  
weltlichen Souveränität des Reiches. Die Stimmung der  
preussischen Regierung für den Papst war während des Krieges  
die beste. Als die Nachricht von der Occupation Roms durch  
die Italiener am 20. September an das Hauptquartier nach  
Versailles gelangte, äußerte Fürst Bismarck in einem Schreiben  
über den Papst: „Ja, Souverän muß er bleiben. Nur  
fragt sich? Was werden wir mehr für ihn thun können,  
wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns auftreten.  
Ich bin geneigt, in der Wänze wieder zu spielen, in der  
man mich befaßt.“

Der Verfasser des Buches behauptet also: Fürst Bi-  
smarck habe immer mit dem Papst gegen den Ultramontanismus  
gekämpft, gegen den antinationalen Geist, der in Preußen den  
weltlichen und politischen, also antipreussischen Geist in sich  
aufgenommen hatte. Es war auch von dieser Seite dem  
Kriege mit Frankreich ein confessioneller Charakter unter-  
geordnet, d. h. der eines Krieges des Protestantismus mit  
dem Katholicismus. Er erwähnt noch kurz, daß am  
8. November Graf Ledebour beim Fürsten Bismarck in Ver-  
fassung erschien, um ihm die Intervention des Papstes bei  
der französischen Regierung zur Beschaffung des Friedens  
anzubieten und daß am 6. März 1871 der Papst ein sehr  
sympathisches Schreiben an den Kaiser richtete, in welchem er  
ihn zur Uebnahme seiner neuen Würde beglückwünschte.  
Der Haupttheil des ersten Abschnitts ist dem Verhältnis  
Bismarck's zu den beiden Cultusministern v. Müller und  
Holl zugeordnet. Obwohl v. Müller gleich bereitwillig auf  
die Schulauflösungsgesetze und auf die Aushebung der katholischen  
Abtheilung des Cultusministeriums eingegangen sei, so seien  
die Beweggründe, welche ihn dazu bestimmten, weit davon  
entfernt, die Schulauflösung in der Regel behalten sollten.  
Die katholische Abtheilung des Cultusministeriums sollte auf-  
gehoben werden nach dem Wunsch Bismarck's, weil sie eine  
Behinderung gewesen war im Hinblick auf die Ver-  
wirklichung der Rechte der Kirche gegenüber dem preussischen  
Staat. Herr v. Müller brachte die Aushebung in Zusammen-  
hang mit dem Unschicklichkeitstheorem und legte die Ein-  
sicht, welche Bismarck der katholischen Abtheilung zuwies,  
auf die Beziehungen Müller's erwiderte Bismarck: So wie  
Müller es darstellte, hätte es sein sollen, aber die Abtheilung  
schlug Balken ein und besetzte bestimmte Richtungen, der  
Cultusminister pflichtete bei und ließ sich gehen. Der Minister  
war der Dilettant, die Directionen gingen von der Ab-  
theilung aus. Herr Müller war der Kunstler und hatte  
außerdem den Cultusminister in der Hand. Aus dem Cultus-  
ministerium vertrieben wurde ein gewisser Herr, darunter ein  
Herr, welcher einen so gewissenhaften Bericht des Oberpräsidenten  
dem Kaiser vortrug und dem Kaiser 1873 enthielt. Zwischen  
Müller und Bismarck, habe ein vertrautes Verhältnis statt-  
gefunden. Rühn schrieb für den Pariser „Moniteur“ im katho-  
lichen Interesse und drückte insofern aus.

Die Übergänge die allgemein bekannte und wohl noch in  
der Erinnerung unserer Leser lebendige Differenz zwischen  
dem Cultusministerium und dem Bischof Fremont von Erms-  
land wegen unbilliger Verhängung des Kirchenbanns über  
den Lehrer Wollmann und den Professor Wischlich in Braun-  
schweig und kommen zum Ausdruck. Der Bischof  
Wollmann wurde besonders der Formirung gemacht, daß die  
ultramontane Bewegung unter seiner 10jährigen Wirksamkeit

bestanden angemessen und Bestrebungen zum Theil realisiert  
worden sei. Bismarck präsentirte sich dem Abgeordnetenhause im  
Januar 1872 mit der Erklärung, daß auf Rücknahme der  
die Schulauflösung betreffenden Gesetzvorlage nicht zu rechnen  
sei. Dem Abgeordneten v. Wallatrat sagte er: der vollen  
freien Bewegung der Kirchengemeinschaften werde er nicht  
entgegen treten, aber da, wo Rechte des Staats auf dem  
Spiele ständen, würde man ihn als Juristen finden.

Aber auch mit Bismarck nicht vollständig  
überein; er habe kein Bedauern zu haben in der Kommer-  
zialpolitik, die durch Charakterist, daß er bei der Beratung  
selbst durch die Worte des Fürsten Bismarck begann:  
„Ich habe der sachlichen Darlegung meines Herrn Collegen  
nur Einiges von meinen allgemeinen politischen Gesichts-  
punkten hinzuzufügen.“ Das Gleichgewicht hat die Zu-  
sammenfassung des Fürsten Bismarck zum erhalten, um eine  
Ministerkrise zu verhindern, denn Bismarck hatte daraus eine  
Cabinetfrage gemacht. Endlich hat Fürst Bismarck aus-  
drücklich erklärt: „Ein römischer Staat führt in einem  
Kirchenpolitik schwebenden Ausgleichsversuche seien in ihrem  
Ausgang lediglich von dem Willen Bismarck abhängig.  
Die kirchenpolitische Gesetzgebung ist aber, ent-  
sprechend dem geordneten Verhältnissen von dem Cultus-  
ministerium, allerdings im Einvernehmen mit dem Gesamt-  
ministerium und auf Grund förmlicher Ermächtigung im  
Landtag eingebracht, verhandelt und zur Annahme gelei-  
tet worden. Auf diesem Wege kann die preussische Kirchenge-  
setzgebung auch allen eine etwaige Weiterentwicklung erfahren.“

Der Linschmeißer in der Kirchenpolitik begründet der  
Verfasser folgendermaßen: „Im Frühjahr 1873 trat das von  
Bismarck geleitete Friedensministerium aus dem Amt hervor.  
Nach der andern Seite war Kampfbereitschaft hervor-  
getreten. Bismarck war einen Augenblick fast aus dem  
Bewußtsein in den sich entwickelnden Ton übergegangen und hatte  
sogar erklärt, sich mit Bismarck verabschieden zu wollen, nur  
denn Generalstab hindere den Frieden. Im Jahre 1877  
schaltete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die  
Liberale ab, weil sie den Kampf altere und die Religion  
selber preise. „Alle Gerüchte über die Rückkehr aus  
der Politik verflüchteten, daß Herr Bismarck  
gelungen ist, ein Drittel der ganzen Bevölkerung Preußens  
zu einem Aufbruch gegen den Staat zu bewegen und bei  
diesem Drittel der Gläubigen an die Gerechtigkeit und die  
alte Lehren der Fahrengeister zu erschüttern.“ Den Fürsten  
Bismarck drängten inzwischen andere und lahmende Auf-  
gaben, als die Führung des Staates gegen die im Laufe  
der letzten Jahre den Vordrang einnehmende Gefährdung.  
Es war schwerere Arbeit, als die kirchenpolitischen, und  
schwierigere Gegner, als die Ultramontanen.

Unter der vorgegangenen Tapete des Cultuskampfes hatten  
sich die höheren Erwerbsklassen in der Bundesversammlung an der  
Hand der modernen Socialgesetzgebung nachlässig nachlässig  
Unternehmungen abgeben, die erst die Verwirklichung, dann,  
als der Umschwung erfolgte, und das wirtschaftliche Leben  
der Nation stützte, die Arbeitslosigkeit und das Elend in die  
weitere Kreise trugen. Die Liberalen, die bis dahin auf  
der Seite des Fürsten Bismarck gestanden und dafür sich zu  
Herrn der Gesetzgebung gemacht hatten, zögerten, ihm in  
der neuen Richtung zu folgen. Es galt für sie einen Erfolg  
zu finden, um mit den Conservativen eine Majorität zu be-  
gründen und dies Gelingen konnte nur im Centrum bestehen.“

So schreibt der Verfasser des Buches. Wie können und aber  
seine Retirade der Linschmeißer in der Kirchenpolitik nicht  
anrühren, um so weniger als wir mit diesem Linschmeißer  
nicht einverstanden sind.

Leipzig, 21. August 1883.

Man schreibt aus dem Berlin vom Sonntag: „Zu  
unserer Kenntniss kommen wir von Sonntag, daß das  
allgemeine Vergehen der Fortschrittspartei im  
Wahlkreise Döberitz-Neuhaus nicht nur in allen  
unbefangenen, rechtlich und billig denkenden national-  
liberalen Kreisen verurtheilt wird, sondern daß auch nicht  
wenige Fortschrittler diese mit Gewalt herausgeworfene  
Partei im Interesse der gemeinsamen liberalen Sache,  
ebenso wie im Interesse der Ehre ihrer eigenen Partei wahr-  
scheinlich betrauern. Allerdings sind es Männer, welche schon seit  
langem die Verhältnisse des Reiches befaßt und soweit  
dies der Berliner Verhältnisse überhaupt anging, die  
Kämpfe haben — bis jetzt freilich ohne den gewünschten Erfolg.  
Indessen ist die Thatsache immerhin nicht zu übersehen, daß  
auch in Preußen die öffentliche Meinung sich gegen die  
Richtung mehr und mehr abzuwenden, daß mehr  
und mehr die Ansicht verbreitet findet, daß in der gegen-  
wärtigen Lage sich schließend nicht weiter als das Unvermögen,  
an fruchtbringender Arbeit Theil zu nehmen, sich offenbart,  
und daß die einzige Abhilfe, welche sich offenbart,  
von der liberalen Sache nur Schaden bringt, da die  
staatsmännliche Einsicht sich vor Allem darin befindet, mit  
den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, den gegebenen  
Factoren die gebührende Berücksichtigung zu schenken, und da  
nur so, wenn überhaupt, ein Resultat zu erröthen ist. Mehr  
und mehr spitzt sich der Wahlkampf auf die Frage zu, wo  
die fremde ruhiger staatlicher Einwirkung und wo die  
Reichsfeinde sind, und wenn es den Fortschrittler untergehen  
ist, daß sie überhaupt gegen die Annahme der Reichs-  
verfassung gestimmt haben, so sollten sie nicht, den  
Wählern des Herrn Richter nachgeben, immer von Neuem  
ihre nationale Stimmung immer wieder und wieder dadurch  
erweisen, daß sie die national-liberale Partei durch Bündnisse  
mit den Ultramontanen und Welfen bekämpfen. Wenn sich  
die Fortschrittler Richter'ser Richtung bei ihrem Vorgehen  
auf Herrn v. Bennigsen selbst berufen, so gibt es für  
dieses Vorgehen kaum einen parlamentarischen Ausdruck: ein  
so plumpes Vorgehen muß jeder aufrichtigen Mann mit Ent-  
setzen zurückweisen, welcher Partei er auch immer ange-  
hört; in dem „schweren Kampf“, wie der Richter'sche  
„Reichstrend“ sagt, ist aber noch besonders zu berücksichtigen,  
daß es sich um die Bekämpfung eines Mannes handelt,  
welcher durch die Jahrgänge eines Mannes nachgeht,  
gehört worden ist, daß aber außerdem gewissermaßen an das  
Jugend-Bennigsen's appellirt wird, nachdem dieser schon sich  
den politischen Leben auf einige Zeit zurückziehen für gut  
gefunden hat, wo er also gar nicht in der Lage ist, sich zu  
partei in lange und schwer genug befaßt, es war nicht  
erforderlich, die noch lange nicht verarbeiteten Gedanken aufzu-

reizen. — Wenn nun das Auftreten der Fortschrittler in dem  
Wahlkreise an der Die selbst von den eigenen Partei-  
genossen verurtheilt wird, so muß es um so mehr  
Wunder nehmen, wenn ein Socialist, ein früherer Mit-  
glied der national-liberalen Partei, es unternimmt, Herrn  
August Richter's Wahlrecht zu vertheidigen. In der „West-  
Ztg.“ unterzieht sich ein bekannter Abgeordneter, der hiesige  
Berliner Correspondent dieses Blattes, der hiesigen  
Aufgabe mit humorvoller Leichtigkeit. Er ist der Ansicht, daß es  
nicht unehrenhaft sei, daß der national-liberalen Candidat  
ohne Wahlkampf gewählt werde, wird er trotz der National-  
liberalen der Fortschrittler gewählt, so haben die National-  
liberalen keinen Anlaß zur Klage, und hiesigliberalen werde ra-  
ther die liberale Sache geschützt. Der national-liberale  
Candidat — so sagt der Correspondent — hat in jenem  
Kreise keinen Gegner, also muß er einer ausgewählt werden, des  
frischen, fröhlichen Kampfes wegen, und dazu ist Bismarck so  
gut zu gebrauchen als ein Geschichtsbuch, also darum  
heraus mit einem Gegencandidaten um jeden Preis. Fürwahr,  
mit mehr farcistischer Lust konnten die Welfen und Ultra-  
montanen auch nicht operieren, wie müßten sich alle Gegner  
der Liberalen ins Jähwachen setzen, wenn sie das selbst  
Divido es imperat! Das war immer das Mittel, um den  
Gegner möglichst leicht nieder zu werfen, und dieses Mittel,  
Uneinigkeit in die Reihen der Liberalen zu bringen, schlagen  
vor und wenden an — nicht etwa die Conservativen, nicht  
die Welfen, nicht die Ultramontanen, sondern unsere „bösen  
Freunde“, die Gründer der „liberalen Vereinigung“,  
die diese Partei lediglich in dem Zwecke gebildet haben, um  
die „Einigkeit“ der „großen liberalen Partei“ zu fördern. —  
Sie haben neulich an letzter Stelle in einer längeren Aus-  
einandersetzung über die Parteien sich bemerkt, nachzuweisen,  
daß die „Socialisten“ nicht nur unaufrichtig, sondern schändlich  
gewesen sei. Nun den besten Beweis für diese Ihre Behauptung  
liefern die „Socialisten“ wieder mit dieser Vertheidigung  
August Richter's. Mehr kann man wohl nicht verlangen.“

Der ultramontane Abg. Peters, Gymnasial-  
professor in Oestrich, brachte im Laufe der letzten preussischen  
Landtagssession bei der Beratung des Entwurfs eine  
Reihe von Beschwerden und Anregungen vor, welche sämtlich  
darin gipfelten, die materielle und sociale Lage des  
Arten, des bürgerlichen Lebens zu verbessern. Unter  
andem äußerte er auch den Wunsch, daß für emeritirte  
Lehrer der Titel als „Schulrath“ verliehen werde, was er  
als durchaus wünschenswert hinstellte, um dem Stand,  
welcher in Bezug auf die akademische Vorbildung und die  
geforderten Prüfungen jeden anderen Stande der Staats-  
beamten ebenbürtig sei, auch in den Augen des größeren  
Publicums diese Anerkennung zu verdienen. Während für  
die Juristen und Mediciner die Titel als „Rathrath“,  
„Consulrath“ u. dergleichen verliehen wurden, sollte es für die  
höheren Lehrer an jeder staatlichen Anstalt geschehen. Herr  
Dr. Peters hat wegen seiner damaligen Rede zahlreiche An-  
erkennungsschreiben aus dem Kreise seiner Mitgenossen zu-  
gekommen, und wenn auch der Cultusminister Herr v. Gloger  
auf die Anregung keine unmittelbare Erwiderung vom  
Ministerische auf folgen ließ, hat er die Vertheidigung  
noch nicht verfehlt und Herr v. Gloger in Anrechnung ge-  
bracht. Es ist dieser Tage dem Cultusminister Bismarck von  
Stein aus O. bei seiner Pensionierung in Anerkennung seiner  
Charakter als Schulrath mit dem Range eines Rathes vierter  
Classe verliehen worden. In den Kreisen der Pädagogen hat  
diese Auszeichnung hohe Vertheidigung hervorgerufen.

In der „West-Z.“ wird ausgeführt, einen Haupt-  
grund für die unzufriedenheit wieder eingetretene Beschäftigung  
der socialdemokratischen Bewegung gebe die zu-  
nehmende Vertheilung des socialdemokratischen Partei-  
organs in den Arbeiterkreisen ab. Der mit den ein-  
schüßigen Verhältnissen vertraute Verfasser des Artikels führt  
in dieser Beziehung an:

Die Vertheilung des „Socialdemokraten“ an der Ueberwindung  
der deutschen Sprache zu hindern, läßt sich unangenehm; die Ex-  
pansion des revolutionären Willens erfolgt mit demjenigen Ausmaß,  
den die Regierbarkeit, deren sich die Bewegung geistlicher  
Prinzipale überlassen hat, dem deutschen Volk offenbart; was sich  
daraus übergeben will, braucht nur ein — geringlich nicht vertrieben  
— Moment an das Volk in sich zu nehmen und er wird  
finden, daß ihm das Volk mit unerschütterlicher Regierbarkeit im Sinne  
geliefert wird, regelmäßig des wünschenswerten Wärders, bei denen  
so hin und wieder, trotz des unrichtigen Fortschritts, eine Nummer  
ausgegeben wird. In den vier Jahren, während denen der „So-  
cialdemokrat“ erscheint, hat ein ganz Mal größere Fortschritt  
abgegeben worden; der dem revolutionären Geiste dadurch er-  
worbene Schätzung erreicht aber hiesiglich nicht den Umfang  
der Vertheilung, welche stehen in einem gleichen Verhältnisse  
„Socialdemokraten“ von Berlin oder dem „Vorwärts“ von Braun-  
schweig. Die „Socialdemokraten“ sind nicht bekannt,  
und wenn die Redaction behauptet, daß die Vertheilung in  
„christlicher Sprache“ weniger ist, so ist darauf zunächst  
an sich für sich nicht zu geben. Wenn sich das Organ in  
unbefangener Gemüthsstimmung befinden ist und immer tieferer Weg  
in den arbeitenden Massen führt, ist sich unthunbar aus einer Reihe  
von Umständen erkennen, die sich nicht ohne aus einer Reihe  
von Umständen erkennen, so beispielsweise am Ort und Zeit der  
Gesellschaft und demnach, so beispielsweise am Ort und Zeit der  
Gesellschaft enthalten dürfte, aber die gemüthlichen Zustände  
innerhalb der Partei hervorgerufen. Es gilt für uns nicht weiter  
unterrichten werden, es mag jedoch die Vertheilung der Partei  
überwiegend hindernisse, welche der moderne Arbeiter nicht  
fähig ist solchen Dingen entgegenzutreten, die dem Staat gegen-  
über haben; es genügt, die Thatsache nicht zu übersehen, daß bei den  
Reichstagswahlen regelmäßig durchschnittlich die Hälfte der social-  
demokratischen Stimmen als das Resultat eines einfachen Reichs-  
gewinns zu erkennen. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß  
die unzufriedenheit und abnehmende Regierbarkeit des „Socialdemokraten“  
nachhaltig und nicht auf die arbeitenden Massen wirkt, wie  
erhaben die Regierbarkeit der einzig oder häufig socialdemokratischen  
Blätter, welche öffentlich erscheinen, sagt man jedoch, weil er  
eine stillere oder mehrere Zwecke führt, und auch nicht allein  
besteht, weil ein vertheiltes Blatt immer weniger gelesen  
wird wie ein einzelnes, sondern hauptsächlich, weil die Ver-  
hältnisse von Anlagen und Beschwerden, von Beschäftigung  
und Verleumdungen, von denen sich immer der „Social-  
demokrat“ überwinden, niemals überwinden wird, sondern von neuen  
Leiden erkranken auf diese und ähnliche Ungenügen und weiter  
verbreitet wird. Insbesondere pflegt der „Socialdemokrat“ sich in  
jeder Nummer unter solcher Verwirrung der Namen und Bezeichnungen  
oder möglichen inhaltlichen Einzelheiten einige Fälle zu erzählen,  
in denen sich Arbeiter gegen andere Unternehmern der deutschen  
und anderen Dinge häufig geäußert haben sollen. Wenn dies letzte  
mäßig anbringt und es geht demnach mit sehr unrichtigen Dingen  
zu, wenn die socialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen  
zunehmend pflegen.